

1 200 000 000 Steuerfranken

Man ist sich von der Stadtzürcher Immobilienpolitik ja einiges gewohnt, auch dass sie gerne mit der grossen Kelle anrichtet, aber damit hatte wohl keiner gerechnet: Die Stadt will doch tatsächlich das grösste Bürogebäude der Schweiz, den Üetlihof mit 8000 Arbeitsplätzen, käuflich erwerben. Kostenpunkt: etwa 1,2 Milliarde Franken. Für einen Gebäudekomplex, der bis 2037 fest an die Credit Suisse vermietet ist, mit einer Option bis längstens 2052!

Gewiss hatte man auch in der Vergangenheit nicht für jede Investition der Stadt in Zürcher Boden Verständnis. Oft fand man, private Investoren hätten bedürfnisgerechter und vor allem schneller gebaut. Aber weil es stets darum ging, die Wohnungsknappheit zu lindern, konnte man sich einigermaßen damit abfinden. Diesmal geht es aber nicht um Wohnungen. Für den schwindelerregenden Betrag sollen angeblich Arbeitsplätze gesichert werden. Allerdings fehlt es in Zürich bekanntlich nicht an Büroräumlichkeiten. Im Unterschied zu Wohnungen gibt es davon im Gegenteil eher zu viele. Und wohin sich der Bedarf entwickelt ist nach den diversen Homeoffice-Phasen mehr als ungewiss. Es geht auch nicht um eine notleidende Branche, sondern um die Finanzwirtschaft, die man unbedingt in der Stadt halten möchte. Als ob man die Attraktivität des Arbeitsstandortes nicht mit anderen, günstigeren Massnahmen, wie z.B. Bürokratieabbau, effektiver steigern könnte. Wie man es dreht und wendet, inwiefern die 1,2 Milliarden in den Zürcher Immobilienmarkt gepumpten Steuerfranken eine städtische Aufgabe erfüllen sollen, bleibt unerfindlich. Die Immobilienpreise in die Höhe treiben gehört ja wohl nicht dazu.

Worum geht es dann? Die Aussicht auf eine attraktive Rendite kann es jedenfalls nicht sein. Die ist derzeit nämlich völlig offen. Vielmehr scheint der Stadtrat nach dem aus seiner Sicht erfreulichen Echo auf den 300-Millionen Wohnraumfonds Gefallen an den neuen Perspektiven gefunden zu haben. Der Versuchung, in Sachen Verstaatlichung von Immobilien noch eins draufzulegen, konnte er da nicht widerstehen. So gesehen sind die 1,2 Milliarden nichts als der konsequente zweite Schritt in die eingeschlagene Richtung. Wer weiss, wie viele weitere noch folgen werden?

Albert Leiser
Direktor Hauseigentümerverbände Stadt und Kanton Zürich